

Malina Stutz: Beitrag zur Kundgebung am 18. Juni 2024 in Köln

Liebe Mitstreitende,

25 Jahre Kölner Kette – 25 Jahre Einsatz für faire Entschuldung! Ist das nun ein Grund zur Freude oder eher ein Anlass, der uns pessimistisch stimmen muss? Ich denke beides!

Einerseits ist es, denke ich, durchaus beachtlich, dass wir es als deutsches Entschuldungsbündnis geschafft haben, über die letzten 25 Jahre – und damit auch in Zeiten, als das Schuldenthema keine Konjunktur hatte – am Thema dranzubleiben und nicht locker zu lassen.

Andererseits ist es ziemlich ernüchternd, festzustellen, dass wir strukturell gesehen noch immer nicht viel besser dastehen als vor 25 Jahren: Auf internationaler Ebene gibt es noch immer kein funktionierendes und vor allem kein faires Verfahren, um Schuldenkrisen nachhaltig zu überwinden.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, die Schaffung eines solchen Verfahrens zu unterstützen. Passiert ist bisher jedoch viel zu wenig!

In einer ausführlichen Forderungsliste haben wir daher konkrete Maßnahmen formuliert, die die Bundesregierung umsetzen muss, um ihrem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nachzukommen. Die Forderungsliste ist Teil unserer [Kampagne „Mit Schulden fair verfahren! Koalitionsvertrag umsetzen. Staateninsolvenzverfahren schaffen.“](#)

Auch der heutige Aktionstag findet im Rahmen dieser Kampagne statt.

Ich möchte hier kurz drei Ebenen ansprechen, auf denen wir von der Bundesregierung ein *anderes Handeln* als aktuell sehen wollen. Denn um das ganz unmissverständlich zu sagen: Dass wir heute mit den gleichen Problemen wie vor 25 Jahren konfrontiert sind, liegt nicht nur daran, dass die Bundesregierung und andere Gläubiger-Regierungen nicht genug für faire Entschuldung tun; es liegt auch daran, dass sie einen fairen Ausweg aus Schuldenkrisen durch ihr Handeln aktiv behindern.

Als **erste Ebene** sind Verhandlungen und Prozesse auf internationaler Ebene zu nennen. Denn ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren ist nichts, was ein Staat im Alleingang schaffen kann oder schaffen sollte.

Über die letzten 25 Jahre sehen wir jedoch, dass die Bundesregierung Verhandlungen insbesondere im Rahmen der UN immer wieder blockiert hat. Ein Beispiel: Als die Länder des Globalen Südens 2014 eine Initiative in der UN eingebracht haben, ein internationales Staateninsolvenzverfahren zu schaffen, hat Deutschland blockiert. Ebenso vor einigen Monaten, als der UN-Menschenrechtsrat in einer Resolution zu Maßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise aufgerufen hat.

Unsere erste Forderung ist daher ganz schlicht und einfach, dass die Bundesregierung Initiativen von Ländern des Globalen Südens nicht weiter blockieren, sondern pro-aktiv aufnehmen und unterstützen sollte. Die 2025 stattfindende vierte internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung bietet dafür einen wichtigen Ansatzpunkt!

Als **zweite Ebene** sind konkrete Umschuldungsverhandlungen mit einzelnen überschuldeten Ländern zu nennen. Hier sehen wir, dass die Bundesregierung und ihre Partner

Schuldnerländer ganz ähnlich wie in den 1980er Jahren weiterhin dazu verpflichtet, von IWF und Weltbank formulierte Politiken in den eigenen Ländern umzusetzen. Dies geschieht ungeachtet der Tatsache, dass sich eben diese Reformen in der Vergangenheit wirtschaftlich, politisch und sozial als verheerend erwiesen haben! Und dass sich eben dieses Muster auch heute – beispielsweise aktuell in Sri Lanka – wieder abzeichnet. Auch der Schuldenerlassbedarf wird vom IWF berechnet, ohne dass dabei die grundlegenden Menschenrechte der Bevölkerung der Schuldnerstaaten verbindlich berücksichtigt werden.

Unsere Forderung an die Bundesregierung lautet daher, dass sie sich in jeder Umschuldungsverhandlung dafür stark machen sollte, dass bei der Berechnung des Schuldenerlassbedarfs die grundlegenden Menschenrechte der Bevölkerung der Schuldnerstaaten vor dem Recht der Gläubiger auf Rückzahlung priorisiert werden müssen.

Als **dritte Ebene** ist die nationale Ebene in Deutschland zu nennen. Denn auch auf dieser Ebene können wichtige Stellschrauben auf den Weg zu einer fairen internationalen Schuldenarchitektur gesetzt werden. Besonders wichtig ist es dabei, dass Deutschland und andere Staaten des Globalen Nordens Gesetze verabschieden, die private Gläubiger in die Pflicht nehmen, sich an Schuldenstreichungen zu beteiligen. Denn private Gläubiger wie Investmentbanken und Vermögensverwalter wie BlackRock, halten heute den Großteil der Forderungen gegenüber Ländern des Globalen Südens. Und diese Akteure werden sich nicht aus Einsicht und Nächstenliebe an Schuldenstreichungen beteiligen. Daher braucht es klare gesetzliche Vorgaben, die diese Gläubiger in die Pflicht nehmen. Und es freut mich, zumindest an dieser Stelle nicht ganz pessimistisch enden zu müssen. Denn bezüglich dieser Forderung haben wir tatsächlich noch etwas Hoffnung, dass wir vielleicht sogar noch in dieser Legislaturperiode einen Schritt vorwärtskommen.

Lasst uns die Bundesregierung auch durch unsere heutige Aktion hier in Köln an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag erinnern! Lasst uns gemeinsam dafür einsetzen, dass mit Schulden endlich fair verfahren wird!

Dankeschön!